

DGB-Bundesvorstand

Abteilungen Struktur- und Umweltpolitik
Handwerkssekretariat
Wirtschafts- und Tarifpolitik
5/2000 –07.07.00

Weniger als 3 Millionen Arbeitslose im Jahr 2005

Inhaltsverzeichnis

0 Einleitung

1 Eckwerte der einzelnen Szenarien

1.1 Das Basisszenario

1.2 Die Arbeitgeberszenarien

1.3 Die Gewerkschaftsszenarien

2 Die Eckergebnisse der Szenarien

2.1 Die Ergebnisse auf einen Blick

2.2 Das Basisszenario

2.3 Die Gewerkschaftsszenarien: Mittelfristige Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf unter 3 Millionen

2.4 Die Arbeitgeberszenarien: Schwache Lohnzuwächse bringen kaum zusätzliche Beschäftigung

3 Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

3.1 Die Beschäftigungskrise überwinden

4 Wichtige wirtschaftspolitische Ansatzpunkte im Einzelnen

4.1 Öffentliche Investitionen für eine moderne Infrastruktur

4.2 Differenzierte und investive Arbeitszeitpolitik

5 Grundlagen für eine erfolgreiche Wachstums und Beschäftigungspolitik

5.1 Innovatives Wirtschaften für zukunftsfähige Beschäftigungsfelder

5.2 Wachstumsmärkte der Zukunft entwickeln

5.3 Qualität von Bildung und Ausbildung verbessern

5.4 Integrationschancen mit aktiver Arbeitsmarktpolitik verbessern

0 Einleitung

Im Frühjahr dieses Jahres hat der DGB in seinem beschäftigungspolitischen Papier „Arbeit 2000“ ein Bündel konkreter Vorschläge zur Beschäftigungspolitik vorgelegt, mit denen ein Durchbruch auf dem deutschen Arbeitsmarkt erreicht werden soll und kann. „Wir brauchen eine gezielte Förderung eines qualitativen Wirtschaftswachstums zusammen mit einer besseren Verteilung der Erwerbsarbeit. Dann kann die mit der Bildung der rot-grünen Koalition eingeleitete Wende in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik erfolgreich sein“, erklärte DGB-Vorsitzender Dieter Schulte bei der Vorlage dieses Papiers. Aufgrund in sich stimmiger und schlüssiger Erkenntnisse über ökonomische Zusammenhänge hat der DGB zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung nunmehr Szenarien erarbeitet, in denen nachgewiesen wird, dass die Schallmauer von 3 Millionen Arbeitslosen bis zum Jahre 2005 durch die politische Umsetzung von „Arbeit 2000“ nach unten durchbrochen werden kann.

Diese mittelfristigen Szenarien sind Teil der im DGB-Grundsatzprogramm von 1996 beschriebenen langfristigen **sozial-ökologischen Reformstrategie**, mit der die Arbeitslosigkeit überwunden werden kann sowie das Wirtschaftswachstum und der Umweltschutz in Einklang gebracht werden können.

Die Szenarien zeigen, dass die wichtigsten Beschäftigungsimpulse mittelfristig von öffentlichen Investitionen und einer innovativen Arbeitszeitpolitik erreicht werden, während eine ausgewogene Verteilungspolitik die Voraussetzung für eine Verstetigung des Wachstumspfades schafft.

Weniger als 3 Millionen Arbeitslose im Jahr 2005 möglich

Beschäftigungspolitische Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Der DGB und seine Gewerkschaften wollen die Chance nutzen, eine grundlegende Wende auf dem Arbeitsmarkt einzuleiten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die gemeinsamen Anstrengungen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften im Rahmen des Bündnisses für Arbeit bieten dafür eine gute Grundlage. In den nächsten Jahren muss und kann die Zahl der registrierten Arbeitslosen unter die 3-Millionen-Marke gedrückt werden.

Eine vom DGB zusammen mit der Hans-Böckler-Stiftung in Auftrag gegebene Kurzstudie belegt: Das gelingt nicht im Selbstlauf. Das gelingt nur bei Einsatz eines in sich stimmigen Politikkonzeptes.

In der Kurzstudie werden die folgenden Szenarien dargestellt:

- Das **Basisszenario** legt die Erfahrungen der Vergangenheit zugrunde, insbesondere bei der Arbeitszeit- und Lohnentwicklung sowie in der Finanzpolitik, berücksichtigt aber die bereits eingeleiteten steuerpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung.
- In zwei „**Arbeitgeberszenarien**“ werden die Rückwirkungen von Strategien von Lohnzuwächsen unter dem kostenneutralen Verteilungsspielraum von Produktivitäts- und Preiszuwächsen dargestellt.
- Dem gegenüber stehen zwei „**Gewerkschaftsszenarien**“. Sie zeigen die Wirkung einer kostenneutralen – nämlich an Produktivitäts- und Preisentwicklung orientierten - Lohnpolitik, von weiteren Arbeitszeitverkürzungen und zusätzlich von offensiv zur Modernisierung der Infrastruktur eingesetzten öffentlichen Investitionen.

1 Eckwerte der einzelnen Szenarien

1.1 Das Basisszenario

Dem Basisszenario liegen folgende Annahmen für den Durchschnitt der Jahre 2000 – 2005 zu Grunde. Forcierte beschäftigungspolitische Instrumente werden in diesem Szenario nicht eingesetzt. Es entspricht vielmehr den gegenwärtigen Politikeinstellungen. Unterstellt werden:

- ein Wachstum des Welthandelsvolumens um jahresdurchschnittlich 4,5 %, d. h. nach dem voraussichtlich starken Anstieg des Welthandels in 2000 wird ein allmähliches Einschwenken auf den mittelfristigen Wachstumspfad angenommen;
- ein Dollarkurs von 1,95 DM, d. h. der Dollarkurs bewegt sich nach dem „Zwischenhoch“ in 2000 in Richtung einer ungefähren Euro/Dollar-Parität;
- ein Rohölpreis von etwa 20 Dollar je Barrel;
- ein durchschnittlicher Rückgang des Erwerbbspersonenpotentials um 0,4 % pro Jahr: Dahinter verbergen sich einerseits den Arbeitsmarkt entlastende demografische Effekte und andererseits den Arbeitsmarkt belastende Effekte, etwa durch die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen;

- eine gleichbleibende tarifliche Arbeitszeit entsprechend der mittelfristigen Vergangenheitsentwicklung;
- ein Anstieg der nominalen Bruttolöhne entsprechend der Entwicklung der Vergangenheit und die Einbeziehung der Eckpunkte der Finanzpolitik, einschließlich der Steuerreform in den Jahren 2001 – 2005, des Sparpaketes in den Jahren 2000 – 2005 und der Ökosteuergesetzgebung.

1.2 Die Arbeitgeberszenarien

Das Arbeitgeberszenario Nr. I

In den Arbeitgeberszenarien werden Lohnstrategien unterstellt, die Lohnzuwächse unterhalb des kostenneutralen Verteilungsspielraums aus Produktivitäts- und Preissteigerungen vorsehen.

Im Arbeitgeberszenario Nr. I wird die **Lohnpolitik** allein an der Zuwachsrate der Produktivität von jahresdurchschnittlich etwa 2,5 % orientiert. Einen **Reallohnanstieg**, d. h. einen über den Inflationsausgleich hinausgehenden Lohnanstieg gibt es nur bei einer Preissteigerungsrate unter 2,5 %.

Das Arbeitgeberszenario Nr. II

Im Arbeitgeberszenario Nr. II liegt der **Lohnanstieg** mit 1,5 % jahresdurchschnittlich um einen Prozent-Punkt unter dem mittelfristigen Produktivitätswachstum.

1.3 Die Gewerkschaftsszenarien

Das Gewerkschaftsszenario Nr. I

Zusätzlich zum Basisszenario werden im Gewerkschaftsszenario Nr. I noch die folgenden **Annahmen** getroffen:

- Die **Löhne** steigen entsprechend dem **trendmäßigen** Anstieg der Produktivität und der Preise um nominal 4 % pro Jahr. Dies entspricht einem jahresdurchschnittlichen Anstieg der Produktivität von 2,5 % und der Preise von 1,5 %. Die Lohnpolitik folgt damit dem Konzept der „Meinhold-Formel“, deren Umsetzung **verteilungsneutral** ist, also die Verteilungsrelation zwischen Löhnen und Gewinnen unverändert lässt.
- Der Anteil der „öffentlichen Investitionen“ wird schrittweise von etwa 1,6 % auf etwa 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ab dem Jahr 2003 erhöht und folgt damit den Empfehlungen des **EU-Weißbuches**. Diese Erhöhung entspricht in 2003 in etwa 40 Mrd. DM pro Jahr.
- Die durchschnittliche tarifliche **Jahresarbeitszeit** wird ab 2000 entsprechend der langfristigen Durchschnittsentwicklung im Zeitraum 1960 – 1990 um 0,8 % jährlich verkürzt, nachdem sich das Verkürzungstempo seit Anfang der 90er Jahre verlangsamte und seit 1996/1997 praktisch zum Stillstand gekommen ist.

Das Gewerkschaftsszenario Nr. II

Zusätzlich zu den wirtschaftspolitischen Komponenten des Gewerkschaftsszenarios Nr. I enthält das Gewerkschaftsszenario Nr. II **ein koordiniertes Handeln der EU-Staaten bei den öffentlichen Investitionen sowie eine Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)**, die sich weniger strikt an der Lohnentwicklung orientiert als die frühere Politik der Deutschen Bundesbank.

- Dabei erhöhen die übrigen EU-Länder ihre öffentlichen Investitionen um 0,8 % des BIP. Diese Erhöhung bewirkt, unter der vorsichtigen Annahme eines BIP-Multiplikators von 1,5, durch die zusätzlichen Investitionen mittelbar und unmittelbar einen Anstieg des BIP in der übrigen EU von etwa 1,2 %.
- Die EZB orientiert ihre Zinspolitik stärker an der beobachteten aktuellen **Preissteigerungsrate** und der mittelfristigen Entwicklung des **Produktionspotentials** als an der deutschen Lohnentwicklung, wie es früher die Bundesbank tat. Diese „neutrale“ Zinspolitik führt gegenüber dem Muster der Bundesbank in dem Szenario zu im Durchschnitt etwa um einen Prozent-Punkt niedrigeren Geldmarktsätzen.

2 Die Eckergebnisse der Szenarien

2.1 Die Ergebnisse auf einen Blick

Die **Tabellen** zeigen die Ergebnisse auf einen Blick.

- **Tabelle 1** zeigt die absoluten Ist-Zahlen des Jahres 1999 sowie die Ergebnisse der einzelnen Szenarien.
- In **Tabelle 2** werden die **Wachstums- und Arbeitsmarktwirkungen** der einzelnen Simulationsmodelle (Basis-, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsszenarien) gegenüber dem Stand 1999 dargestellt. Hier zeigt sich, dass die Politikeinstellungen der Gewerkschaften nicht nur die kräftigsten Wachstums-, sondern auch die stärksten Beschäftigungseffekte bringen.
- **Tabelle 3** zeigt die **Vor- oder Nachteile der speziellen Politikbündel** von Arbeitgebern und Gewerkschaften im Verhältnis zu den gegenwärtigen und absehbaren Politikeinstellungen (Basisszenario). Hier zeigt sich: Die Gewerkschaftsszenarien sind gegenüber den Arbeitgeberszenarien klar im Vorteil. Sie bringen deutlich mehr Wachstum und Beschäftigung.

Die **Zusammenfassung im Schaubild 1** zeigt: Nur mit den gewerkschaftlichen Politikstrategien kann die Beschäftigung wirksam ausgebaut und die Arbeitslosigkeit nachhaltig reduziert werden.

Tabelle 1:**Wachstum und Beschäftigung**

Volumen von 1999 und der Szenarien im Jahre 2005

	Stand 1999 (Volumen)	Szenarien im Jahre 2005				
		Basis- Szenario	Gewerkschaftsszena- rien		Arbeitgeberszenarien	
			Nr. I	Nr. II	Nr. I	Nr. II
Erwerbstätige in 1.000	36.106	37.228	38.091	38.457	37.307	37.395
Arbeitslose in 1.000	4.099	3.653	3.179	2.986	3.594	3.541
Reales BIP in Mrd. DM	3.732	4.292	4.365	4.409	4.298	4.304

Tabelle 2:

Gewerkschaftsszenarien haben die kräftigsten Wachstums- und Beschäftigungseffekte
Wachstum und Beschäftigung: Veränderungen gegenüber **1999**

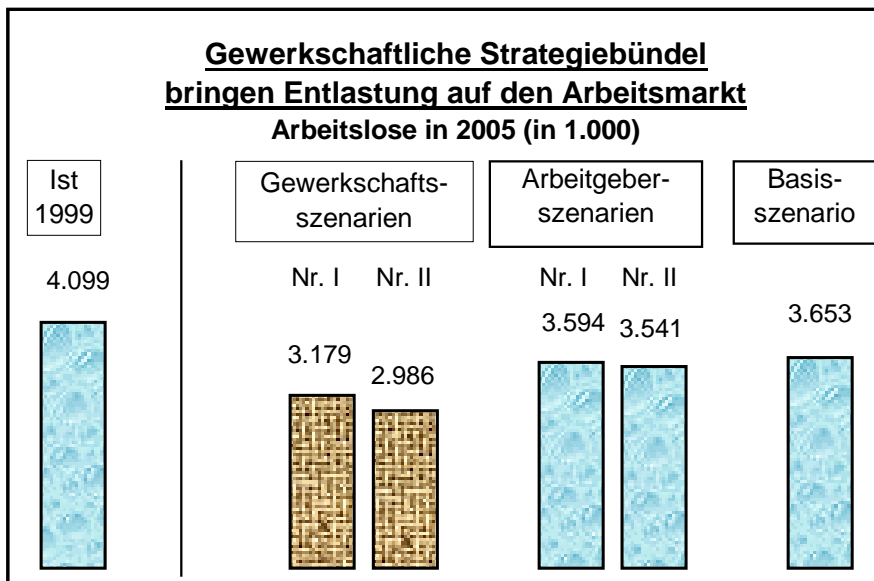
	Stand 1999 (Volumen)	Szenarien im Jahre 2005				
		Basis- Szenario	Gewerkschaftsszena- rien		Arbeitgeberszenarien	
			Nr. I	Nr. II	Nr. I	Nr. II
Erwerbstätige in 1.000	36.106	+ 1.122 (+ 3,1 %)	+ 1.985 (+ 5,5 %)	+ 2.351 (+ 6,5 %)	+ 1.201 (+ 3,3 %)	+ 1.289 (+ 3,6 %)
Arbeitslose in 1.000	4.099	- 446	- 920	- 1.113	- 505	- 558
Reales BIP in Mrd. DM	3.732	+ 560 (+ 15,0 %)	+ 633 (+ 17,0 %)	+ 677 (+ 18,1 %)	+ 566 (+ 15,2 %)	+ 572 (+ 15,3 %)

Tabelle 3:

Zusätzliche Beschäftigungseffekte durch Politikstrategien der Gewerkschaften
Wachstum und Beschäftigung: Veränderungen gegenüber dem **Basisszenario**

	Stand 1999 (Volumen)	Szenarien im Jahre 2005				
		Basis- Szenario (Volumen)	Gewerkschaftsszena- rien		Arbeitgeberszenarien	
			Nr. I	Nr. II	Nr. I	Nr. II
Erwerbstätige in 1.000	-	37.228	+ 863 (+ 2,3 %)	+ 1.228 (+ 3,3 %)	+ 79 (+ 0,2 %)	+ 167 (+ 0,4 %)
Arbeitslose in 1.000	-	3.653	- 474	- 667	+ 21	- 112
Reales BIP in Mrd. DM	-	4.292	+ 73 (+ 1,7 %)	+ 117 (+ 2,7 %)	+ 6 (+ 0,1 %)	+ 13 (+ 0,3 %)

Schaubild 1:



2.2 Das Basisszenario

Ohne den forcierten Einsatz beschäftigungspolitischer Instrumente lässt sich – mit den derzeitigen Politikeinstellungen und unter der Voraussetzung der getroffenen Modellannahmen - in den nächsten Jahren ein Zuwachs der Erwerbstätigen um 1,1 Millionen erreichen. Dies trägt zu einem Teil zum Abbau der Stillen Reserve und zum anderen Teil zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit um knapp 450.000 bei.

2.3 Die Gewerkschaftsszenarien: Mittelfristige Reduzierung der Arbeitslosigkeit auf unter 3 Millionen

Die Gewerkschaftsszenarien sind weitaus erfolgreicher. Folgt man dem Strategiebündel des Gewerkschaftsszenario Nr. II, so könnten bis zum Jahre 2005 – **zusätzlich** zu den Arbeitsmarkteffekten des Basisszenarios –

- **weitere 1,2 Millionen Menschen – also insgesamt 2,3 Millionen – Arbeit finden**
- **und damit ein Abbau der Arbeitslosigkeit um rund weitere 700.000 Personen auf 2,9 Millionen erreicht werden.**

Mit dem Basisszenario würde die Arbeitslosigkeit im selben Zeitraum lediglich auf etwa 3,6 Millionen Arbeitslose reduziert.

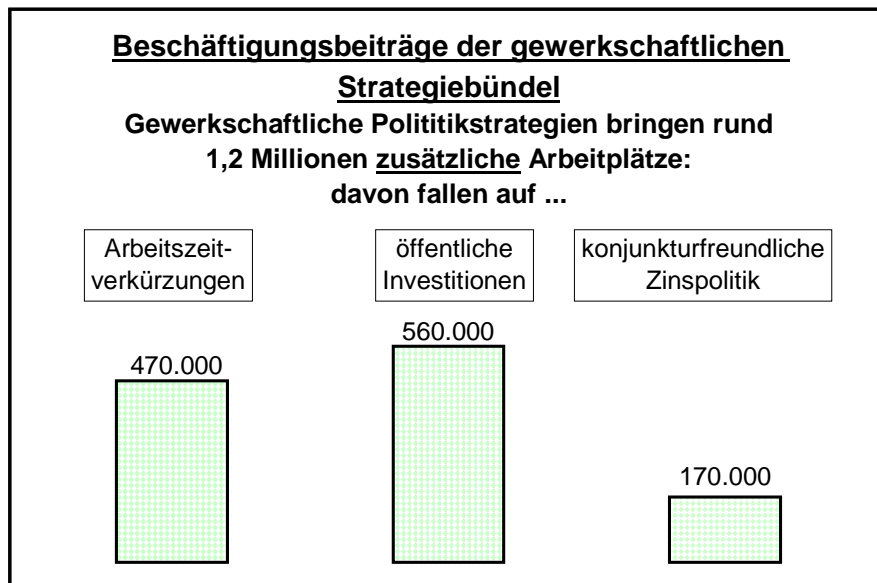
Ausschlaggebend für diese zusätzlichen positiven Effekte sind in erster Linie die **Arbeitszeitverkürzungen**. Arbeitszeitverkürzungen von 0,8 % pro Jahr könnten mittelfristig

- zu 470.000 neuen Arbeitsplätzen führen und
- die Arbeitslosigkeit um rund 280.000 verringern.

Ausschlaggebend für die positiven Arbeitsmarktwirkungen sind außerdem die von den Gewerkschaften **vorgeschlagenen öffentlichen Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur**. Eine besonders positive Wirkung hätte eine europaweit abgestimmte Investitionsstrategie.

- Wenn die öffentlichen Investitionen **im nationalen Alleingang** erhöht würden, so könnte die Zahl der Beschäftigten gegenüber den absehbaren Politikeinstellungen (Basisszenario) um zusätzliche 470.000 steigen. Die Arbeitslosigkeit würde etwa um weitere 230.000 abnehmen.
- Eine **europaweit abgestimmte Investitionsoffensive** würde sogar – wieder gegenüber dem Basisszenario - 560.000 zusätzliche Stellen bringen, also rund 90.000 mehr. Die Arbeitslosigkeit könnte dadurch um 280.000 gesenkt werden.

Schaubild 2:



Weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigte bedeuten zugleich Spielräume zur Senkung von Sozialbeiträgen und damit ein günstigeres Verhältnis von Netto- und Bruttolohn. Dies gilt insbesondere auch in **realer Rechnung**, da die Preissteigerungsrate in den Gewerkschaftsszenarien nicht über diejenige des Basisszenarios hinausgeht. Die so entstehende Kaufkraft der Arbeitnehmer wirkt sich als zusätzlicher Wachstums- und Beschäftigungsimpuls aus.

Weniger Arbeitslose und mehr Beschäftigte bedeuten aber auch: mehr Steuereinnahmen und Minderausgaben der öffentlichen Haushalte. Das stärkt die Finanzierungskraft des Staates. Öffentliche Investitionen finanzieren sich somit zum Teil von selbst. Die Zielsetzungen des europäischen Stabilitätspaktes werden in den Gewerkschaftsszenarien dauerhaft erfüllt.

Die Wachstumserwartungen sind in den Gewerkschaftsszenarien deutlich höher als im Basisszenario. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** liegt beim Gewerkschaftsszenario Nr. II um fast 120 Mrd. DM und beim Gewerkschaftsszenario Nr. I rund 75 Mrd. DM über dem der absehbar eingestellten Politikinstrumente (Basisszenario).

Da die Lohnpolitik und Lohnentwicklung verteilungsneutral bleibt, kommt es zu keiner Umverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen. So kommt es einerseits zu einer spürbaren Belebung der Binnennachfrage (privater Konsum und Unternehmensinvestitionen), so dass sich im Zuge des dynamischen Wachstums auch die Investitionsrenditen verbessern.

Diese durchweg besseren Wachstumserwartungen werden begleitet durch die unterstellte zinspolitische Lockerung der EZB, die auf der Grundlage eines stabilen Preispfades möglich ist. Allein die **zinspolitische Lockerung** hätte

- eine positive Beschäftigungswirkung von rund 170.000,
- und die Arbeitslosigkeit würde um circa 100.000 reduziert.

Der **Exportüberschuss** geht allerdings leicht zurück, da die Importnachfrage als Folge steigender Binnennachfrage ebenfalls zunimmt.

2.4 Die Arbeitgeberszenarien: Schwache Lohnzuwächse bringen kaum zusätzliche Beschäftigung

Die beiden Arbeitgeberszenarien bewirken zum Ende des Simulationszeitraumes nur marginal positive Beschäftigungseffekte. Gegenüber dem Basisszenario 2005 fallen sie mit einem zusätzlichen Plus von nur 80.000 (Szenario I) bzw. 170.000 (Szenario II) mehr beschäftigten Personen vergleichsweise geringfügig aus. Entsprechend gering sinkt auch die Arbeitslosigkeit.

Die geringeren Lohnstückkosten eröffnen zwar Preissenkungsspielräume im Exportgeschäft mit dem Ergebnis deutlich steigender Exportüberschüsse im Vergleich zum Basisszenario und zu den Gewerkschaftsszenarien. Dem gegenüber steht allerdings eine geringere Inlandsnachfrage (nicht nur privater Konsum, sondern auch Investitionen der Unternehmen). Unter dem Strich entstehen wegen der schwächeren Inlandsnachfrage mittelfristig nur geringe positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte.

Deutlich ungünstiger als im Basisszenario entwickelt sich dagegen der Finanzierungssaldo des Staates im Verhältnis zum BIP im Arbeitgeberszenario Nr. II. Das deutlich geringere Nominallohnaufkommen reduziert bei geringerem BIP-Wachstum die Besteuerungsbasis nicht unbeträchtlich. Ein ausgeglichener Haushalt kann auf der Basis dieses Szenarios während des gesamten Simulationszeitraumes nicht erreicht werden. **Damit wird die Zielsetzung des Stabilitätspaktes dauerhaft verfehlt.**

3 *Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen*

3.1 Die Beschäftigungskrise überwinden

Die Überwindung der Beschäftigungskrise setzt zunächst ein ausreichendes Wirtschaftswachstum voraus. Alle Instrumente der Wirtschaftspolitik – der Einkommens-, Finanz- und Geldpolitik – müssen deshalb im Sinne eines stabilen und nachhaltigen Wirtschaftswachstums genutzt und aufeinander abgestimmt werden. Im Rahmen des makroökonomischen Dialoges können diese Politikfelder auf europäischer Ebene von den Hauptakteuren (Regierungen, Sozialpartner, ECB-EU-Kommissionen) koordiniert werden.

Die aufgrund in sich stimmiger und schlüssiger Erkenntnisse über ökonomische Zusammenhänge erarbeiteten Szenarien zeigen, dass eine nachhaltige Besserung am Arbeitsmarkt dann am besten erreicht werden kann, wenn

- eine **ausgewogene Einkommenspolitik** im Sinne einer Reallohnsicherung im Ausmaß des trendmäßigen Produktivitätsanstiegs, die die Ertragskraft ebenso sichert wie die Kaufkraft der Arbeitnehmer verstetigt und damit Grundlage eines anhaltenden Wachstumspfadens ist,
- mit einer **Erhöhung der öffentlichen Investitionen** für eine moderne Infrastruktur und unmittelbar für Arbeitsplätze gesorgt wird und zwar auf nationaler und europäischer Ebene,
- der unterbrochene Trend der **Arbeitszeitverkürzungen** in innovativer Weise wieder aufgenommen wird

- und schließlich die EZB – auch auf der Grundlage einer ausgewogenen Verteilungspolitik – den notwendigen **geldpolitischen Flankenschutz** für Wachstum und Beschäftigung bei hinreichend stabilen Preisen leistet.

Die Szenarien zeigen auch, dass die wichtigsten Beschäftigungsimpulse von öffentlichen Investitionen und einer innovativen Arbeitszeitpolitik erreicht werden, während eine ausgewogene Verteilungspolitik die Voraussetzung für eine Verstetigung des Wachstumspfadens schafft.

4 Wichtige wirtschaftspolitische Ansatzpunkte im Einzelnen

4.1 Öffentliche Investitionen für eine moderne Infrastruktur

Nimmt man **alle Gebiets-Körperschaften** – also Bund, Länder und Gemeinden –, dann zeigt sich, dass die Sachanlageinvestitionen seit ihrem Höhepunkt 1992 durchgängig rückläufig sind.

Von 1992 bis 1998

- sanken die Investitionen beim **Bund** um 25 % oder 4 Mrd. DM und werden nach dem „Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität“ bis 2003 um weitere 4,3 Mrd. DM sinken,
- gingen die Investitionen bei den **Ländern** um 2,7 Mrd. DM oder 16 % zurück, bei den **Gemeinden** sackten sie um 18 Mrd. DM oder 30 % ab.

Selbst die **Deutsche Bundesbank** weist in ihrem Monatsbericht 4/1999, Seite 33, darauf hin, „dass ein länger anhaltender Rückgang des Gewichts der Investitionsausgaben gesamtwirtschaftlich nicht verkraftbar wäre. Langfristig drohen Konsolidierungsschäden, wenn die von der Wirtschaft benötigte öffentliche Infrastruktur aufgrund von unterlassenen Investitionen veraltet.“

Auch in fast allen anderen **EU-Ländern** ist die öffentliche Investitionstätigkeit rückläufig. In Euro-Land sank ihr Anteil am BIP von 1990 3,0 % auf nur noch 2,3 % in 1998 und in der EU insgesamt in der selben Zeit von 2,9 % auf 2,1 %.

Die **Europäische Kommission** kritisiert dies, da ihrer Meinung nach die öffentlichen Investitionen „einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft leisten“. Deshalb müsse den öffentlichen Investitionen wieder **„eine höhere Priorität eingeräumt werden“** („Öffentliche Investitionen im Rahmen der wirtschaftspolitischen Strategie“, KOM (89), 682 entg. vom 02.12.1998).

4.2 Differenzierte und investive Arbeitszeitpolitik

Arbeitsumverteilung ist ein unverzichtbares Element der Beschäftigungspolitik. Die im Rahmen des Bündnisses für Arbeit getroffenen Vereinbarungen über eine differenzierte und flexible Arbeitszeitpolitik sowie eine andere Verteilung der Arbeit müssen zügig umgesetzt werden. Das gilt für den Abbau von Überstunden, für eine quantitative und qualitative Verbesserung des Angebotes von Teilzeitarbeitsplätzen, für verbesserte Rahmenbedingungen für Altersteilzeit und für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. Das gilt aber ebenso für weitere effektive Arbeitszeitverkürzungen der Wo-

chen- und/oder Jahresarbeitszeit. Alle Formen von Arbeitszeitverkürzungen schließen eine intelligente Arbeitszeitgestaltung nicht aus.

In der Verzahnung von Arbeitszeitpolitik, Qualifizierung und aktiver Arbeitsmarktpolitik sieht der DGB eine besonders vielversprechende Perspektive der Beschäftigungsförderung. Verbesserte Übergänge von der Erwerbslosigkeit in die Beschäftigung sowie Arbeitszeitoptionen in Verbindung mit Weiterbildung, Familienzeiten und Sabbaticals können dazu beitragen, Arbeitslosigkeit abzubauen, die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit zu verbessern. Insgesamt müssen in der Arbeitszeitpolitik immer mehr flexible Spielräume geschaffen werden, auch durch Jahresarbeitszeiten und Arbeitszeitkonten.

5 Grundlagen für eine erfolgreiche Wachstums- und Beschäftigungspolitik

5.1 Innovatives Wirtschaften für zukunftsfähige Beschäftigungsfelder

Eine innovationsfähige Wirtschaft kann neue Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Beschäftigungsfeldern schaffen. Die Verbesserung der Innovationsfähigkeit ist deshalb ein wichtiges Element der Beschäftigungspolitik. Vor allem im Bereich der „weichen“ Innovationsfaktoren, wie Organisation, Management und Unternehmenskultur weist die deutsche Wirtschaft noch erhebliche Barrieren auf. Hier bietet sich ein wichtiges Feld für das gemeinsame Handeln der Sozialpartner. Auch die Forschungs- und Technologiepolitik sollte sich verstärkt die Überwindung dieser Barrieren zum Ziel setzen.

5.2 Wachstumsmärkte der Zukunft entwickeln

Neue Beschäftigung entsteht durch die Erschließung neuer Märkte. Die Wachstumsmärkte der Zukunft liegen vor allem

- in der Entwicklung der IuK-Techniken und –Dienste, wo durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, Förderung innovativer Angebote und umfassende Beratung die Voraussetzungen für die Entwicklung und Verbreitung der neuen Schlüsseltechnologien optimiert werden müssen;
- in der Nutzung von Marktchancen, die sich für die Industrie im Zuge der Globalisierung ergeben;
- im Umwelt-Bereich, wo durch einen Mix aus marktwirtschaftlichen Instrumenten und aus einer Verbesserung der Umweltstandards im Umweltrecht die sich bietenden Beschäftigungsfelder besser erschlossen werden müssen. Große Arbeitsplatzpotentiale bieten insbesondere der verstärkte Export von Umwelttechnologien, die Förderung regenerativer Energien und die energetische Sanierung des Gebäudebestandes;
- bei den personenbezogenen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Senioren, Pflege, Soziales, Freizeit, Hauswirtschaft u. a. Die durch gesellschaftliche Modernisierungsprozesse und soziodemographische Veränderungen in diesen Bereichen entstandenen Nachfragepotentiale sind bislang nur unzureichend erschlossen.

5.3 Qualität von Bildung und Ausbildung verbessern

Die Qualität von Bildung und Ausbildung ist heute eine entscheidende Grundlage der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb ist es besonders wichtig, die im Bündnis für Arbeit bereits vereinbarten Instrumente zur Verbesserung der Ausbildungssituation rasch umzusetzen. Das betrifft insbesondere die Erhöhung des Angebotes von Ausbildungsplätzen vor allem in den neuen Berufen und die qualitative Verbesserung der Berufsausbildung.

In Zeiten eines raschen technologischen Wandels wird die Möglichkeit der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens zum entscheidenden Schlüssel für die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Eine zukunftsfähigere Form des Bildungssystems muss allgemeine Bildung, berufliche Erstausbildung und Weiterbildung besser miteinander verknüpfen. Die Weiterbildungsangebote müssen ausgebaut und durch allgemein anerkannte Qualitätsstandards verbessert werden.

5.4 Integrationschancen mit aktiver Arbeitsmarktpolitik verbessern

Aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt ein wichtiges Instrument, um den wirtschaftlichen Strukturwandel sozial verträglich zu bewältigen. Die von der Bundesregierung eingeleitete Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist eine gute Grundlage, um ihre Effizienz zu erhöhen. Für die Zukunft sollte im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik das Instrumentarium verbessert werden, um den Abbau von Überstunden und andere Formen der Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen. Darüber hinaus müssen die Anstrengungen verstärkt werden, gering Qualifizierte in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.